

Verschiedene Geschlechter, gleicher Lohn

Die Herbert Ospelt Anstalt und die Ospelt Food AG haben ein Zertifikat erhalten, das ihnen die Einhaltung der Lohngleichheit attestiert.

Oliver Beck

Lohnungleichheit ist eine gesellschaftliche Realität – auch in Liechtenstein. Gemäss der jüngsten Lohnstatistik des Amtes für Statistik verdienen Männer gegenüber Frauen bei gleicher Arbeit 15,2 Prozent mehr. Oder etwas anders: Um auf den Jahresverdienst eines Mannes zu kommen, müssen Frauen 56 Tage zusätzlich arbeiten, also bis zum 25. Februar des darauffolgenden Jahres. Diese Differenz mag zu Teilen auf objektive Faktoren wie Qualifikation oder Erfahrung zurückführbar sein, wie das Amt für Statistik in einer vor drei Monaten publizierten Sonderpublikation zur Lohnstatistik 2016 festhält. Gut 42 Prozent des Lohnunterschieds können damit jedoch nicht erklärt werden.

Allein diese wenigen Zahlen zeigen eines in aller Deutlichkeit auf: Handlungsbedarf. Zumal das Prinzip der Gleichstellung von Mann und Frau seit 1992 in der Liechtensteinischen Verfassung verankert und das Recht auf gleichen Lohn im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch wie auch im Gleichstellungsgesetz abgebildet ist.

Eine Kontrollpflicht wäre angezeigt

Nach Dafürhalten des LANV wäre es an der Politik, entsprechende Kontrollmechanismen einzuführen und zu etablieren. Solche, wie sie in der Schweiz und Deutschland bereits existieren. «Die Politik muss sich

mit der Schaffung einer gesetzlichen Vorlage auseinandersetzen. Einer Vorlage, die Firmen in die Pflicht nimmt, eine Lohnstrukturhebung vorzunehmen», betonte Martina Haas, stellvertretende Geschäftsführerin des LANV, am Dienstag gegenüber den Medien. Denn betriebliche Lohntransparenz sei ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung von Lohngleichheit. Bis dahin bleibt lediglich die Hoffnung auf Kooperation seitens der Wirtschaftsakteure. Der Weg zu Transparenz, so Haas, führe gegenwärtig ausschliesslich über die Freiwilligkeit der Unternehmen.

Was das Ausüben sanfter Drucks seitens der Gewerkschaft freilich nicht ausschliessen muss. Der LANV hat die Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammer sowie des Bankenverbands deshalb 2017 ein erstes Mal darum gebeten, «eine Standortbestimmung ihrer Lohnpolitik vorzunehmen», wie Haas erläuterte.

Die Resonanz darauf war sicher nicht überwältigend, aber sie blieb zumindest nicht aus. Neben der Neutrik AG und der Hilti AG, die über die (positiven) Befunde der durchgeführten Lohnstrukturanalyse mittlerweile öffentlich informiert haben, hatte sich damals auch die Herbert Ospelt Anstalt gleich zu einem solchen Schritt bereit erklärt. Gestern wurden die Ergebnisse von Vertretern der Firma und des LANV an einer gemeinsamen Medienkonferenz am Unternehmenssitz in Bendern präsentiert.



Von links: Alexander Ospelt (VR-Präsident Ospelt), Nadja Risse (Arbeitnehmervertretung Ospelt), Martina Haas (Stv. Geschäftsführerin LANV), Gerry Garnitschnig (HR-Leiter Ospelt). Bild: Tatjana Schnalzer

In einem ersten Schritt, erklärte Gerry Garnitschnig, HR-Verantwortlicher bei Ospelt, habe das Unternehmen ein Self-Assessment durchgeführt. Schon dort habe er den Eindruck erhalten, dass das Kriterium der Lohngleichheit gut erfüllt werde. «Dennoch wollten wir anschliessend auch eine externe Meinung einholen, uns von einem dritten Akteur prüfen lassen.»

Die Ergebnisse der auf 26 Faktoren basierenden Lohn-

strukturhebung, welche das Beratungsunternehmen Landolt & Mächler Consultants AG daraufhin bei der Herbert Ospelt Anstalt Bendern und der Ospelt Food AG Sargans durchführte, bestätigte die Selbstwahrnehmung, wie Garnitschnig in Richtung der Medienvertreter verkündete: «Ich darf Ihnen heute mit Freude und auch ein wenig mit Stolz das Zertifikat präsentieren, das bestätigt, dass wir die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau

einhalten.» Ferner, ergänzte er auf eine entsprechende Frage hin, sei im Zuge der Analyse auch keine Diskriminierung von Euro-Lohn-Bezüglern festgestellt worden. «Der Euro tangiert die Lohngleichheit in keiner Weise.»

In 18 Fällen wurde der Lohn korrigiert

Bei einigen der insgesamt gut 1000 untersuchten Personalien hat das vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung empfohlene Analyseinstrument allerdings auch Handlungsbedarf offenbart. Konkret betroffen waren die Löhne von 18 Personen, 13 davon Frauen. «Diese dringend gebotenen Anpassungen haben wir sofort nach Vorliegen der Ergebnisse vorgenommen», so Garnitschnig, der im Rahmen der Medienkonferenz noch einige weitere «spannende Erkenntnisse» anführte – etwa, dass im Bereich Verwaltung und Administration Frauen mehr verdienen als Männer, dass in der Produktion die Geschlechter wiederum sehr eng beieinander liegen und dass die Lohn Differenz bei langjährigen Mitarbeitern tendenziell ausgeprägter ist. Letzteres, so der HR-Verantwortliche, zeige letztlich, dass bei Ospelt gerade in den vergangenen Jahren sehr auf Lohngleichheit geachtet worden sei.

Die starke firmeninterne Gewichtung dieses Themas unterstrich gestern auch Alexander Ospelt, Verwaltungsratspräsident der Ospelt Gruppe. «Wir haben in einem intensi-

ven Prozess unsere fünf Prinzipien definiert – Offenheit, Klarheit, Courage, Sorgfalt und Verantwortung.» Vor diesem Hintergrund sei man auch dem Anliegen des LANV, eine Lohnanalyse durchzuführen, gerne gefolgt. «Vier dieser Prinzipien werden dadurch klar angesprochen.»

Gutes Zeugnis von den Arbeitnehmenden

Von jenen, die an den Ospelt-Standorten in Bendern und Sargans einer Erwerbstätigkeit nachgehen, wird das Bemühen der Konzernleitung durchaus erkannt und geschätzt. «Ich freue mich, dass unser Arbeitgeber das Thema Lohngleichheit ernst nimmt», betonte Nadja Risse, Präsidentin der Arbeitnehmervertretung. Man sei in den Prozess der Lohnanalyse fortlaufend integriert gewesen, habe Informationen erhalten und schliesslich auch einen detaillierten Bericht, der miteinander besprochen worden sei.

Worte, die auch beim LANV wohlwollend aufgenommen wurden, ohne sich davon den Blick auf die Realität trüben zu lassen. Positive Beispiele taugen längst nicht immer zur Regel. Weitere Sensibilisierung ist unabdingbar – und die nächste Pressekonferenz bereits in Planung, wie Martina Haas verriet. Dann soll ein weiteres Unternehmen, das sich einer freiwilligen Lohnstrukturhebung unterzogen hat, von seinen Erfahrungen berichten.

Einige Liechtensteiner Rinder von Seuchen befallen

2019 gab es hierzulande drei Kühe mit zwei unterschiedlichen Seuchen. Eine weitere Kuh musste mit Verdacht auf BVD getötet werden.

Obwohl eher selten, stecken sich auch in Liechtenstein Rinder mit Seuchen an. In diesem Jahr gab es bei hiesigen Rindern zwei Fälle von Paratuberkulose und einen Fall von Coxiellose. Daneben stand ein Verdachtsfall auf BVD (Bovine Virus-Diarrhoe) im Raum. Drei unterschiedliche Seuchenarten mit unterschiedlicher Gefahr für den Menschen.

BVD ist ein Virus, das vor allem von infizierten Kälbern übertragen wird. Für den Menschen geht davon keine Gefahr aus. Gefährlich wird es aber für ungeborene Kälbchen. Infizieren sie sich, kann ihr Immunsystem die Viren nicht bekämpfen, die Kälber bleiben infiziert.

Die jungen Kühe würden oft nicht lange überleben, erklärt Werner Brunhart, Leiter des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen (ALKVW). Sie stecken in der Folge auch die anderen trächtigen Kühe oder Rinder an, und das könne vor allem auf der Alp zu einem Problem werden, da die Rinder dort oftmals von vielen verschiedenen Landwirten stammen. Erkennt man die Infektion auf der Alp nicht, wird sie nach Ende des Som-

mers in viele Höfe verschleppt. Beim diesjährigen BVD-Verdachtsfall in Liechtenstein handelt sich laut Brunhart um eine Kuh, die von einem ausländischen Betrieb stammt. Erst später wurde festgestellt, dass sich im ausländischen Bauernhof infizierte Tiere aufhalten. Die zugekaufte Kuh musste laut Brunhart schliesslich geschlachtet werden. «Verdachtsfällen müssen wir von Amts wegen nachgehen, um Sicherheit zu schaffen», erklärt er.

In Liechtenstein gibt es ab und zu kleinere Ausbrüche mit BVD, weil über den Viehhandel möglicherweise infizierte Tiere zugekauft werden. Einen grösseren Ausbruch hätte es seit 2008 nicht mehr gegeben. Damals wurde in der Schweiz wie auch in Liechtenstein ein Ausrottungsprogramm gegen die Virusinfektion eingeführt – dieses wurde aber in den vergangenen Jahren angepasst und gelockert.

Seit einigen Jahren muss demnach nicht mehr jedes neugeborene Kälbchen auf das Virus untersucht werden, neu wurde dann jährlich jeder dritte Betrieb unter die Lupe genommen. Auch gibt es eine neue



Das hochansteckende Rindervirus BVD wird durch Kälber auf andere Kühe übertragen. Bild: Keystone

Nachweismethode, die über die Analyse der Milch funktioniert. Dies ist laut Brunhart kostengünstiger und einfacher in der Umsetzung.

Weil das Virus jedoch nicht gänzlich ausgerottet werden konnte und regelmässig vereinzelte Fälle auftreten, werden

immer wieder kritische Stimmen von Schweizer Experten laut, die meinen, dass man die höheren Kosten des ersten Programms für einen längeren Zeitraum hätte in Kauf nehmen sollen. Laut Brunhart werden die Kontrollen in diesem Jahr erstmals wieder bei allen Tier-

haltungen durchgeführt. Der Amtsleiter stellt aber auch klar, dass die Häufung der Virusinfektion tendenziell eher sinke.

Paratuberkulose oft über längere Zeit unerkannt

Die Paratuberkulose ist eine infektiöse Durchfallerkrankung, von der häufig ältere Rinder betroffen sind. Sie steht in Verdacht, eine sogenannte Zoonose zu sein. Sprich eine Krankheit, die zwischen Mensch und Tier übertragen werden kann. Beim Menschen könnte sie die chronische Durchfallerkrankung Morbus Crohn auslösen. Nur ein kleiner Teil der infizierten Tiere entwickelt sichtbare Symptome. Deshalb bleibt die Paratuberkulose oft über längere Zeit unerkannt. Die Kühe magern laut Brunhart jedoch zunehmend ab, weil der Darm die Nährstoffe nicht mehr aufnehmen kann. Sie können nicht mehr so viel leisten wie zuvor. Deshalb werden die Kühe am Ende erlöst, so Brunhart.

Die Paratuberkulose ist als eine «zu bekämpfende Tierseuche» eingestuft, ein Ausrottungsprogramm dafür gibt es jedoch nicht, da es sich laut dem Amtsleiter lediglich um

Einzelfälle handelt. Bei dieser Krankheit werde auf die Sensibilisierung der Bauern und Tierärzte gesetzt. Nach der durch das Labor bestätigten Seuchemeldung des Bauern wird der Tod des Tieres von Amts wegen verlangt, dafür erhalte der Landwirt eine Entschädigung.

Ansteckung löst beim Mensch Q-Fieber aus

Die Coxiellose befällt neben Rindern auch Schafe, Ziegen, Katzen, Hunde, Kaninchen und Nager. Sie gehört zu den Zoonosen und wird durch das Einatmen von erregerrhaltigem Staub übertragen. Der Mensch entwickelt sichtbare Symptome. Deshalb bleibt die Paratuberkulose oft über längere Zeit unerkannt. Die Kühe magern laut Brunhart jedoch zunehmend ab, weil der Darm die Nährstoffe nicht mehr aufnehmen kann. Sie können nicht mehr so viel leisten wie zuvor. Deshalb werden die Kühe am Ende erlöst, so Brunhart.

Susanne Quaderer